

FREIBURG – STADT FÜR ALLE?!

MYTHEN DER WOHNUNGSPOLITIK

Gerade in Wahlzeiten werden immer wieder Mythen aufgewärmt, die wir an dieser Stelle erneut entkräften wollen. Wie wichtig eine Wende in der Wohnungspolitik in Freiburg wäre, verdeutlicht aktuell eine Studie der Böckler-Stiftung, die zum Ergebnis kommt: 72 Prozent der ärmeren FreiburgerInnen haben keine Wohnung, die nach ihren Einkommensverhältnissen leistbar ist. Was in dieser Definition bedeutet, dass für sie keine Wohnung existiert, die inklusive Nebenkosten 30 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens nicht übersteigt. Das zeigt: In Freiburg fehlen nicht irgendwelche Wohnungen, sondern günstige Wohnungen.

FREIBURG GANZ UNTEN...

Der Vergleich mit anderen Städten entkräftet den Mythos, hier werde schon viel für die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum getan. Freiburg ist mit der Unterversorgungsquote für Haushalte, die höchstens 60 Prozent des mittleren Einkommens verdienen, Negativspitze in ganz Deutschland. Das sind in Freiburg immerhin 21.400 Haushalte. Die Wohnungsnot geht zwar alle ann die Annahme, sie träfe alle gleichermaßen, ist aber falsch. Für Haushalte mit einem mittleren Einkommen herrscht nämlich, nach der Böckler-Studie, kein Defizit an für sie leistbaren Wohnungen. Bei Neuvermietungen dürfte es aber auch für diese Einkommensgruppe nicht mehr ganz so gut aussehen.

50-PROZENT-QUOTE FUNKTIONIERT NICHT....

Im Niedriglohnparadies Freiburg wäre es für die Umsetzung der 50-Prozent-Quote an sozialem Wohnungsbau höchste Zeit und die würde noch nicht einmal ausreichen. Aber: „Das funktioniert nicht, die Mieten würden im nicht quotierten Segment rasant steigen und sozialer Wohnungsbau rechnet sich nicht." So wiederholen es Stadtverwaltung, Grüne und Dieter Salomon immer wieder. Diese Aussagen sind und bleiben aber schlichtweg falsch. Richtig ist: Kein Investor verzichtet auf Rendite. Was das bedeutet, zeigt sich z.B. beim Güterbahnhofsareal: Hier gab es keine Vorgaben für sozialen Wohnungsbau. Folge: Die Mieten fangen bei 15 bis 16 Euro pro qm an, Eigentumswohnungen bei 5.000 Euro pro qm. Investoren bauen ohne Quote nicht plötzlich im mittleren Preissegment, sie kassieren immer das maximal Mögliche ab. Es braucht also nicht weniger, sondern mehr klare Vorgaben für den Wohnungsbau. Dass sich sozialer Wohnungsbau völlig abgesehen vom gesellschaftlichen Nutzen auch finanziell lohnt, zeigt das Beispiel Kronenmühlebach, wo ein Investor sich auf 100 Prozent sozialen Wohnungsbau mit einer Bindung von 60 Jahren verpflichtete.

RECHENTRICKS DER STADTBAU

Dass die Stadtbau behauptet, dass sie den sozialen Wohnungsbau mit Eigentumswohnungen querfinanzieren müsse, liegt daran, dass sie von vornherein mit einer Rendite von drei Prozent als sogenannte Kostenmiete rechnet. Wenn der soziale Wohnungsbau dann, wie in der Realität, etwa 1,5 Prozent Rendite abwirft, spricht die FSB von einem Defizit. Ein Rechentrick, der immer wieder von der Stadt benutzt wird, um den völlig fehlgeleiteten Reihenhausbau in Günterstal und anderswo und besonders die Mieterhöhungen der Stadtbau zu rechtfertigen. Ärgerlich, dass diesen Lügen kein stärkerer Wind im Interesse der MieterInnen mit wenig Einkommen entgegen bläst. Nur wenn kein Quadratmeter mehr dem Investorenprofit kampflos überlassen wird, mit einem Kurs klar weg vom Markt, könnte verhindert werden, dass zukünftige neue Baugebiete so enden wie die grünen Vorzeigestadtviertel Vauban und Rieselfeld: Nach wenigen Jahren fast ohne bezahlbaren Wohnraum.

Mehr Infos und Petition: www.wiehre-für-alle.de

„RECHT-AUF-STADT"-NEWSLETTER

Mit unserem RaS-Newsletter informieren wir einmal im Monat über „Recht auf Stadt" Themen.
Wer Infos will, einfach E-Mail an:
E-Mail an: info@rechtaufstadt-freiburg.de
Homepage: www.rechtaufstadt-freiburg.de

TERMINE:

Jeden Freitag 18.00 Uhr:
Bauverein Wem gehört die Stadt: Freiburgs neue Baugebiete – den Boden bereiten für Mietshausprojekte. Wie? | Syndikats-Büro (Adlerstr. 12)
08.05. 18 Uhr | Was können LehrerInnen gegen Abschiebungen tun? | PH Freiburg KG IV 103

Andere aktuelle Termine unter: www.tacker.fr

STADT-FÜR-ALLE-NACHRICHTEN (RÜCKBLICK VOM 15. MÄRZ BIS 15. APRIL)

[FR] ALLE MIETERINNEN VERDRÄNGT
Die Vertreibung aus dem Weingartner Hochhaus Binzengrün 34 im Zuge der Privatisierung des Stadtbauhauses hatte durchschlagenden Erfolg. Auf Nachfrage von Radio Dreyeckland gab die Stadtbau zu: „Von den ehemaligen Mieterinnen und Mietern gab es einige, die ein grundsätzliches Interesse am Rückzug bekundet haben. Bedauerlicherweise scheiterte der Erwerb zum Teil an den Kaufvoraussetzungen und/oder an der Finanzierbarkeit."
Keine einzige der 88 Mietparteien, niemand von den MieterInnen, die oftmals Jahrzehnte in dem Hochhaus wohnten, kehren also zurück. Die Privatisierung des Hauses wurde mit Geldern des Programms „Soziale Stadt" bezuschusst. Dieter Salomon hatte dieses Programm als „sehr erfolgreich" bezeichnet. Den Wegfall von 88 bezahlbaren Wohnungen kompensiert die Stadtbau auch im Nachbarhaus nicht. Im Binzengrün 36 fängt die FSB nun mit dem Bau von 40 geförderten Mietwohnungen, gleichzeitig aber auch mit dem Bau von 40 Eigentumswohnungen an. Laut Stadtbau wird der Preis der Eigentumswohnungen zwischen 4.000 und 5.000 Euro pro Quadratmeter liegen.

[FR] DIE „ARISIERUNG" DES PLATZES DER ALTEN SYNAGOGE
Im Nationalsozialismus war die israelitische Gemeinde gezwungen, das Grundstück um die 1938 zerstörte Synagoge herum weit unter Wert zu verkaufen. Das Geld floss damals auf ein Sperrkonto der Deutschen Bank. Was mit dem Geld anschließend geschehen ist, bleibt völlig unklar. Die Bank verweigert der israelitischen Gemeinde bisher eine Auskunft mit der zynischen Forderung, die Gemeinde solle erst einmal einen lückenlosen Nachweis darüber erbringen, dass sie Nachfolgerin der damaligen jüdischen Gemeinde ist. Eine Lücke bleibt nämlich auf jeden Fall: Der Holocaust. 1947 war sich die Stadt Freiburg nicht zu schade, sich mit einem für sie sehr günstigen Vergleich von möglichen Entschädigungsforderungen freizukaufen. Er lautete: Keine Entschädigung für den weit unter Wert verkauften Platz der Alten Synagoge, dafür kommt die Stadt Freiburg für den Unterhalt des jüdischen Friedhofs auf. Thema erledigt, Reste der Synagoge auch beseitigt, innerstädtischer Feier- und Veranstaltungsplatz da.

[FR] WEINGARTEN 2: SANIERUNG SULZBURGER STRASSE/HÜGELHEIMER WEG
Nach dem Binzengrün 34 steht in Weingarten nun die Sanierung der Stadtbau-Hochhäuser in der Sulzburger Straße und im Hügelheimer Weg an. Wieder werden die Mieten im Zuge des Programms „Soziale Stadt" verteuert. Zunächst dürfte die Kaltmiete um 1,60 Euro pro qm, anschließend stufenweise aber weiter steigen. Wer während der Sanierung im Viertel bleiben will, muss auf ein Rückzugsrecht verzichten, sodass die FSB dann bei Neuvermietungen in den sanierten Häusern noch mehr Miete verlangen kann. Die betroffenen MieterInnen erhalten lediglich für neun Monate für Mietmehrkosten in den Ersatzwohnungen eine Erstattung.

[FR] STADTBAU WIDERSPRICHT MIETERHÖHUNGSGERÜCHT
Die Stadtbau hat auf Radio Dreyeckland-Anfrage dem Gerücht widersprochen, dass es im Juni oder Juli wieder in etwa 1.000 Wohnungen im Stadtbauverbund Mieterhöhungen geben soll. Letztlich wäre in den FSI-Wohnungen, um die es geht, eine Mietsenkung angebrachter. Denn obwohl mit der Miete eine Instandhaltungspauschale gezahlt wird, kommt die Stadtbau der Verpflichtung zu Instandhaltungsarbeiten bei diesen Wohnungen nicht adäquat nach.

[FR] HAUSDURCHSUCHUNG GEGEN GRAFFITI-SPRAYER
Freiburger Polizei und Freiburger Staatsanwaltschaft haben keinen Sinn für die Wahl verhältnismäßiger Mittel. Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung ist ihnen offenbar egal. Obwohl ein Sprayer am Schlossbergring „auf frischer Tat" ertappt und festgenommen wurde, fand bei ihm noch eine Hausdurchsuchung statt. Auch die Polizeimeldung schreibt von „Graffiti-Sprayer auf frischer Tat festgenommen" und verdeutlicht so, dass der Staatsanwaltschaft die Beweisführung nicht allzu schwer fallen dürfte. Nach einer Bagatelle wie dem Bemalen oder auch Verunstalten einer Wand, wenn diese „Tat" auch noch bewiesen ist, trotzdem eine Hausdurchsuchung zu veranlassen, bei der die Privatsphäre des Betroffenen mit Füßen getreten wird, zeugt davon, dass die law-and-order-Linie völlig aus dem Ruder gelaufen ist.

[FR] HISTORISCHES STADTARCHIV WIRD VERSCHERBELT
Um sich von Unmüssig für 24,4 Mio. Euro an der neuen Messe ein neues Stadtarchiv bauen zu lassen, verscherbelt die Stadt Freiburg wieder einmal ein historisches Gebäude. Das bisherige Stadtarchiv in der Grünwälderstraße/Salzstraße wird für 4,5 Mio. verkauft. Dass für den kurzfristigen Verkaufserlös auf langfristige Mieteinnahmen verzichtet wird, blendet die Stadtverwaltung aus. So auch die Frage, ob es wirklich sinnvoll ist, noch mehr historische Bausubstanz zu privatisieren.

ARM TROTZ ARBEIT
Hartz IV ist ein Massenphänomen. Das wird durch eine Anfrage der Linkspartei erneut klar. In den vergangenen zehn Jahren waren 18,2 Millionen Menschen gezwungen, Hartz-IV-Leistungen in Anspruch zu nehmen. 5,47 Millionen der Betroffenen waren Kinder unter 15 Jahren. Im Februar 2018 bezogen 5,95 Millionen Menschen Hartz IV, 4,26 Millionen von ihnen waren erwerbsfähig. Davon bekamen 2/3 Hartz IV, ohne „arbeitslos" zu sein. Sie hatten einen Minijob, steckten in einer Maßnahme des Jobcenters, besuchten Schule oder Hochschule oder waren wegen Krankheit arbeitsunfähig.

RIESEN MIETERINNENDEMO IN BERLIN
In Berlin gingen Mitte April verschiedenen Angaben zufolge zwischen 15.000 und 25.000 Menschen für einen Kurswechsel in der Wohnungspolitik auf die Straße. Berlin ist weltweit die Metropole mit den am schnellsten steigenden Immobilienpreisen. Zur Demo aufgerufen hatten insgesamt rund 250 Initiativen.



KRITISCHES ZUM GEPLANTEN NEUBAUSTADTTEIL DIETENBACH

Erst kürzlich, da fuhren sie wieder: Mitten durch Freiburg, die Landwirte und Landwirtinnen mit ihren Traktoren, mit Protestschildern wie „Rettet Dietenbach!“ oder „Unsere Äcker sind unsere Arbeitsplätze“. Ein Passant neben mir, Herr Zimmermann, schüttelte den Kopf: „Das ist doch eh alles schon zu spät, das ist doch alles schon gelaufen mit Dietenbach – oder etwa nicht?“ „Nein“ sagte ich, „die Stadtverwaltung plant zwar schon seit sechs bis sieben Jahren, aber zu spät ist da noch gar nichts! Die wesentlichen Beschlüsse sind noch gar nicht gefasst. Und wie die juristischen Auseinandersetzungen enden werden, weiß kein Mensch.“

Halten wir hier kurz inne, in dem Moment, in dem zwischen Herrn Z. und mir ein Gespräch über Dietenbach begann, und schauen zurück: Nach der Entwicklung der Stadtteile Vauban und Rieselfeld (heute wohnen dort zusammengerechnet 16.500 Menschen) schien das Thema Wohnen für die Stadt Freiburg abgearbeitet. Was sich mit der Zeit rächte, alle Welt schrie „Wohnungsnot!“ und der Gemeinderat beauftragte 2012 die Stadtverwaltung, für Abhilfe zu sorgen. Ein CDU-Gemeinderat forderte damals gar, es müsse „auf Teufel komm raus“ gebaut werden! Seither wird in Freiburg – jeder und jede weiß ein Lied davon zu singen – verstärkt gebaut und zusätzlich ist ein großer Wurf geplant, ein neuer Riesenstadtteil in der Dietenbachniederung. Dort, im Grünen, am Stadtrand zwischen Autobahnzubringer, Westrandstr./ Besançonallee und Rieselfeld, wo heute Wiesen, Äcker und Wald sind, soll ein Megastadtteil für 14.000 Menschen oder mehr errichtet werden.

Zurück zur Traktorendemo, Herr Z. neben mir sagte noch: „Und überhaupt: Es ist doch gut, wenn dort gebaut wird, Freiburg braucht doch so dringend bezahlbaren Wohnraum.“ Ja, daran mangelt es, mit steigender Tendenz. Doch die Lösung kann nicht darin liegen, alle 10 Jahre einen neuen Stadtteil zu bauen. Vauban und Rieselfeld haben laut Mietspiegel inzwischen die zweithöchsten Mieten. Der Vorsitzende des Mietervereins Regio Freiburg dazu: „Man kann neue Wohnungen bauen, wie ja auch Freiburg einen neuen Stadtteil plant. Aber das dauert und das führt dazu, dass die Mieten unverhältnismäßig steigen.“

Für wen soll eigentlich im Dietenbachgelände gebaut werden? Und für wen nicht? Hier die Aussagen der Stadt dazu:

- 2012 hieß es, man müsse und wolle „den Preissteigerungen beim knapp werdenden Mietwohnraum begegnen, **bezahlbaren Wohnraum schaffen, vor allem für Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen**“;

- 2014 sprach man von „Wohnraum für alle Einkommensgruppen mit Fokus **Mittelschicht**“;

- 2016: „Prioritäres Ziel des neuen Stadtteils wird es sein, **preisgünstigen Wohnraum bereitzustellen**“;

- 2017 äußerten sich die Grünen zur anvisierten Zielgruppe folgendermaßen: „Ein verstärktes Augenmerk wollen die Grünen auf **die Mittelschicht mit einem Familienjahreseinkommen von 70.000 bis 80.000 Euro richten** …“ (das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung sagt, eine solche Familie zähle bereits zu den Spitzenverdienern)

- und seit März 2018 schließlich äußert sich die Stadtverwaltung mit diesen Formulierungen: „Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten, **für weite Kreise der Bevölkerung**“.

Man gab also 2012 etwas zu wollen vor, das sechs Jahre später kein Thema mehr zu sein scheint, nämlich Wohnraum zu schaffen für niedrige bis mittlere Einkommensgruppen. Das ursprüngliche Ansinnen muss in eine Amtsschublade gerutscht sein, aus der es nicht mehr herausfand oder die beim Umzug ins neue Rathaus verlorenging. Da half auch die flammende Rede von Sergio Schmidt (Junges Freiburg) im Gemeinderat Ende 2016 nichts, in der er forderte, dass sich die Stadtbau nicht mehr am Mietspiegel orientieren und der Gemeinderat den Wohnungsmarkt nicht sich selbst überlassen dürfe. Stattdessen beobachten wir den Wegfall der Sozialbindung bei geförderten Mietwohnungen (Vauban, Rieselfeld) sowie die „Modernisierung“ und Umwandlung in Eigentumswohnungen, verbunden mit Eigenbedarfskündigungen oder drastischen Mieterhöhungen (Heldenviertel). Der Beschluss des Gemeinderats vom 19.05.2015 zur verpflichtenden Umsetzung der 50-Prozent-Quote sozialer Mietwohnungsbau wurde bisher nicht umgesetzt. Herr Salomon dazu: „Wie soll ich einen privaten Investor dazu bringen, geförderten Mietwohnungsbau zu machen, wo der sich doch nicht rentiert?“ Soll er sich vielleicht nicht rentieren? Das Mietshäusersyndikat jedenfalls ist der Ansicht, er könne sich sehr wohl lohnen.



„Wissen Sie“, sagte ich zu Herrn Z., „das mit dem bezahlbaren Wohnraum und der 50-Prozent-Quote, das verstehe wer will. Letzten Dezember hat die Stadtverwaltung doch tatsächlich verkündet, man erachte jetzt eine Quote von 25 Prozent sozialem Mietwohnungsbau für „bedarfsgerecht“! Und wissen Sie, Herr Z.“, ereiferte ich mich, „was mir aufgefallen ist? Das ganze Dietenbach wird unglaublich teuer: Wegen der Überschwemmungsgefahr muss das gesamte Gelände, 160 ha, mit Erde 2,20 m hoch aufgeschüttet werden, Keller und Tiefgaragen brauchen extra Wannen, dass sie nicht volllaufen, man muss den Bach großflächig ausbauen wegen der Hochwassergefahr, man will eine riesige Talsperre im idyllischen Bohrertal bauen, um das Wasser zurückhalten zu können, man muss riesige Lärmschutzwände bauen wegen des umgebenden starken Verkehrs, man muss einen Sendemast versetzen, Leitungstrassen verlegen, Anschlussstellen für den Verkehr schaffen – wer wird denn das alles bezahlen? Und die Sparkasse soll ja auch nicht in die Miesen geraten, wo sie ja den Dietenbach-EigentümerInnen so einen tollen Kaufpreis für ihre Grundstückle macht!“

Herr Z. hatte inzwischen eine starke Kräuselung auf der Stirn: „Ja, ist denn das die Möglichkeit? Davon weiß ich ja gar nichts!“ Und im Folgenden unterhielten wir uns noch ein wenig über die sogenannte Bürgerbeteiligung in Freiburg und was davon zu halten ist. Und darüber, dass wir beide neulich in der Zeitung gelesen hatten, dass sich bei einer Telefonumfrage unter 900 FreiburgerInnen 47 Prozent gegen den geplanten Neubaustadtteil Dietenbach ausgesprochen hatten!

Und darüber, dass Stadt und Sparkasse momentan viel von Wirtschaftlichkeit reden: „… muss das Gesamtprojekt für Stadt und Sparkassengesellschaft wirtschaftlich tragfähig sein, wozu eine Erhöhung der Nettowohnbaufläche beitragen könnte.“ Also ist im Bohrertal bei Horben eine riesige Talsperre geplant, die das Überschwemmungsge-



biet Dietenbach von Wasser entlasten soll: So gewinnt man dort unten Wohnbaufläche, weil man beim Bachausbau des Dietenbach die schmalste Variante nehmen kann. Außerdem packt man immer mehr EinwohnerInnen auf die Fläche: 2012 war die Rede von 11.500 Menschen, 2016 plante man für 13.000, 2017 sollten es 14.000 werden und zurzeit hört man, dass „Optimierungen" zugunsten der Wirtschaftlichkeit der Gesamtmaßnahme nötig seien... Kann man es der Sparkasse verübeln? Lassen wir deren Chef Herrn Thimm selbst zu Wort kommen: „Insbesondere das Immobiliengeschäft ist für den Geschäftsgang bei den Sparkassen ausschlaggebend. ... Dass sich mit einem neuen Stadtteil Dietenbach auch zusätzliche Geschäftschancen für unsere Sparkasse eröffnen, liegt auf der Hand und ist ein angenehmer Nebeneffekt."
Herr Z. und ich schüttelten die Köpfe und gerieten ins Grübeln: Und wenn das mit der Rede vom bezahlbaren Wohnraum von Anfang an nur ein Trick war? Alles geplant?! Wenn die Natur zerstört sein würde, die Landwirte vergrault und enteignet, die Vögel ebenso, wenn sich das grüne Naherholungsgebiet in die größte Baustelle verwandelt hätte, die Freiburg je gesehen hätte ... ja dann käme vielleicht nach und nach der Teufel raus beim Bauen und es würde bedauerlicherweise vielleicht doch nicht so gut klappen mit der Bezahlbarkeit ... Ordentlich Rendite muss schon sein. Das Sparkassen-Immobilien-Center schreibt: „Die Beliebtheit der Stadt Freiburg führt zu einer überdurchschnittlich hohen Nachfrage externer Käufer. Liegt der Landesdurchschnitt bei ca. 9 Prozent, so kommen in Freiburg ca. 45 Prozent aller Käufer von auswärts! Immobilien bleiben aufgrund der Zinslage auch nach wie vor eine beliebte Anlageform." Nochmals Herr Thimm: „Solange die gute wirtschaftliche Gesamtsituation anhält, sehen wir auch keine Entspannung auf dem Immobilienmarkt." Dabei hatte es immer geheißen, der neue geplante Stadtteil solle Druck aus dem Wohnungsmarkt nehmen und für Entspannung sorgen ...

Herr Z. äußerte dann noch den Wunsch nach mehr Informationen zu den Dietenbachplanungen. Ich erzählte ihm von der Gründung des „RegioBündnis" in 2017: es besteht aus 15 Vereinigungen, darunter BUND Freiburg, zwei NABU-Ortsgruppen, ECOtrinova e.V., Klimabündnis Freiburg, zwei BLHV Ortsvereine, die BI Pro Landwirtschaft und Wald in Freiburg Dietenbach & Regio (das sind die mit den Traktoren). Das Bündnis setzt sich ein gegen Flächenverbrauch und für den Schutz der Natur und die regionale Landwirtschaft, es benennt Alternativen zum Bauen auf der grünen Wiese. Und ich empfahl Herrn Z. über die Internetpräsenz der Stadt Freiburg hinaus die Seiten: *www.biprolandwirtschaft.de/ueber-das-regiobuendnis/* sowie *www.ecotrinova.de*, wo es jede Menge Hintergrundinformationen gibt.
Der Traktorenkorso war inzwischen vorüber, wir verabschiedeten uns und gingen wieder unserer Wege. Herr Zimmermann rief mir noch nach (und zitierte damit Erich Kästner im Fliegenden Klassenzimmer von 1933): „An allem Unfug, der passiert, sind nicht etwa nur die schuld, die ihn tun, sondern auch die, die ihn nicht verhindern."

Susanne Schlatter

Anzeige

KontaktNetz
Stühlinger Platz
Straßensozialarbeit

Amt für Soziales und Senioren
Eschholzstraße 86
79115 Freiburg

Freiburg
IM BREISGAU

	Büro	Mobil
Angelika Sesuan	(0761) 201-3738	0175 726 07 08
Frank Stocker	(0761) 201-3738	0175 726 02 13
Luise Bechtold	(0761) 201-3738	0151 640 59 865

E-Mail: Angelika.Sesuan@stadt.freiburg.de
Frank.Stocker@stadt.freiburg.de
Luise.Bechthold@stadt.freiburg.de

Bürosprechzeiten: Donnerstag von 10 bis 11 Uhr
und nach telefonischer Vereinbarung

Präsenzzeiten auf dem Stühlinger Kirchplatz (Blauer Bus)

Mittwoch	15 bis 18 Uhr
Donnerstag	14 bis 17 Uhr
Freitag	14 bis 17 Uhr

Einzeltermine hängen im Glaskasten der Herz-Jesu-Kirche aus

NEIN ZU DIETENBACH!

Dieter Salomon hat seine Antworten auf die Kandidat-O-Mat-Fragen auf seiner Facebookseite veröffentlicht. Hier ein Auszug seiner Antworten zu den Themen Dietenbach und der 50-Prozent-Quote für den sozialen Mietwohnungsbau:

Zur Umsetzung des Stadtteils Dietenbach, soll es da einen Bürgerentscheid geben?

OB Dieter Salomon: *Nein! Angesichts der dringend benötigten Wohnungen in unserer wachsenden Stadt kann ich mir nicht vorstellen, dass die Bevölkerung den neuen Stadtteil Dietenbach ablehnt. Der Gemeinderat ist auch mit großer Mehrheit für den neuen Stadtteil. Schließlich werden sich die geplanten 5.500 neuen Wohneinheiten im geförderten, preisgebundenen und frei finanzierten Miet- und Eigentumswohnungsbau dämpfend auf die Preise des Mietwohnungsmarkts auswirken.*

Die 50-Prozent-Quote für sozialen Mietwohnungsbau soll wieder gesenkt werden?

OB Dieter Salomon: *Ja! Eine der größten Herausforderungen für die Stadt Freiburg ist die Schaffung von ausreichend bezahlbarem und gefördertem Wohnungsbau – das ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.*
Mit der 50-Prozent-Quote haben wir uns allerdings keinen Gefallen getan, auch wenn das Ziel eigentlich ein gutes war. Mit dieser Quote werden wir nicht mehr sozialen Wohnungsbau erreichen...

Mich wundert es, dass Herr Salomon nicht mitbekommt, wie viele in der Bevölkerung den neuen Stadtteil Dietenbach ablehnen. Zum Beispiel will das „RegioBündnis Pro Landwirtschaft, Natur & ökosoziales Wohnen“, gegründet am 30. März 2017 und bestehend aus 15 Vereinigungen, den neuen Stadtteil Dietenbach unbedingt verhindern – und plant juristische Schritte.

Von mir gibt es zwei Daumen nach oben, denn das RegioBündnis bietet den Bürgerinnen und Bürgern eine Plattform, bei der ein Austausch über alternative, nachhaltige und langfristige Lösungsstrategien in den Bereichen regionale Siedlungs-, Agrar- und Umweltpolitik im Vordergrund steht.

Forderungen und Positionen des RegioBündnisses sind:
- Wachstum und weiteren Flächenverbrauch stoppen!
- Regionale Landwirtschaft retten!
- Wertvolle Naturgüter schützen!
- Den sozial-ökologischen Umbau in der Stadt und auf dem Land fördern!

Das 164 Hektar große Dietenbachgelände im Westen Freiburgs zwischen dem Zubringer-Mitte und dem Stadtteil Rieselfeld, der Besançonallee und dem Mundenhof soll der 29. Stadtteil Freiburgs werden. In die notwendige Infrastruktur müsste die Stadt insgesamt mindestens 614 Millionen Euro stecken. Hinzu kommen geschätzte private Investitionen von Bauträgern und Unternehmen in Höhe von 2 Milliarden Euro.

Freiburg ist beliebt – viele Menschen ziehen nach Freiburg, weniger Menschen ziehen aus Freiburg weg, daher steigt der Bedarf an Wohnraum rasant. Wie kann der Bedarf gedeckt werden? Seit Jahren steht die Stadtplanung in Freiburg vor großen Herausforderungen und sieht mit der Umsetzung des neuen Stadtteils Dietenbach, wo jetzt noch Wald und Wiesen sind, die Chance, der hohen Nachfrage nach Wohnraum gerecht zu werden. Wirklich?

Wie hoch ist eigentlich der Leerstand an Wohnungen in Freiburg? Gibt es wirklich keine alternative Lösung? Wer sind die Profiteure des neuen Stadtteils Dietenbach? Im Neubaustadtteil Dietenbach wird nur außerordentlich teurer Wohnraum für Spitzenverdiener entstehen, und nicht wie vor Jahren geplant für niedrige bis mittlere Einkommensgruppen. Wird im neuen Stadtteil Dietenbach 50 Prozent sozialer Wohnungsbau realisiert? Nein!

Die Stadtverwaltung fährt hintenrum eine Linie, die den 50-Prozent-Beschluss umgeht. Wenn OB Dieter Salomon gegenüber Radio Dreyeckland bestätigt, dass man 50 Prozent geförderten oder gebundenen Wohnraum plane, verschweigt er mutwillig, dass es sich hierbei nach den Plänen der Projektgruppe Dietenbach lediglich um 25 Prozent echten sozialen Wohnungsbau, 10 Prozent gebundenen Wohnungsbau mit kürzerer Sozialbindung, aber auch 15 Prozent Eigentumsförderung handelt. Laut Baubürgermeister sollen im neuen Stadtteil Dietenbach 70 bis 80 Prozent der Planungsideen und Lösungen, die im Rieselfeld und dem Vauban umgesetzt wurden, übernommen werden. Keine gute Idee, da von den geplanten 50 Prozent sozialem Wohnungsbau im Rieselfeld heute nur noch 5 Prozent übrig sind. Und der Anteil der Eigentumswohnungen von geplant 20 bis 25 Prozent auf 75 Prozent explodiert ist. Pfui!

Von mir ein NEIN zu Dietenbach, damit wir Freiburger, die in der "GREEN-CITY“ leben, zum Bäume und Grünflächen schauen, nicht extra in den Schwarzwald fahren müssen!

Euer Oliver